

# Dresdner Volkszeitung

Hauptsitz: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Vertrieb: Gebt. Kopsch, Dresden  
und sämtliche Postämter

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der "Arbeit" und "Welt und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: bei 29 mm breite Komposition  
30 Pf., bei 36 mm breite Komposition 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 36 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-  
suche 40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 154

Dresden, Dienstag den 6. Juli 1926

37. Jahrg.

## Die Eier nach Preußengeld

Wilhelm macht einen zügel Schöpfungsversuch — Zusammenspiel mit der Deutschen Volkspartei

Aus Berlin wird uns gemeldet:  
Im Preussischen Landtag unternahm am Montag die Deutsche Volkspartei einen Vorstoß in der Fürsten-  
abfindungsfrage. Ihr Führer, Hg. v. Campr, forderte bei der  
zweiten Beratung des Haushalts des Ministerpräsidenten im An-  
schluß an den von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Antrag  
rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen dem  
Staat und den Fürstentümern.

Dieser Vorstoß der Deutschen Volkspartei im Landtag  
hat keine realen Hintergründe, wie sich jetzt ergibt.  
Ihr Bemühen gilt keineswegs dem Wohle des preussischen  
Staates und Volkes, wie sie vorgibt. Ihr Streben geht  
vielmehr dahin, dem Hohenzollernhaus Handlanger-  
dienste zu leisten! Der Generalbevollmächtigte der Hohenzol-  
lern, Herr von Berg, hat im Auftrag Wilhelms zur  
gleichen Zeit an die preussische Staatsregierung ein  
Schreiben gerichtet, in dem er einleitend betont, die preussische  
Staatsregierung werde ihm beständig dankbar sein, daß er seit  
Übernahme der Vertretung des königlichen Hauses unablässig  
sich bestrebt habe, die Vermögensauseinandersetzung  
auch unter weitgehenden Verzichten (!) im Wege einer Ver-  
ständigung durchzuführen. Nachdem Volkseinstimmlich und reichs-  
gesetzliche Regelung zu keinem Ergebnis geführt haben, sei es  
ihm Pflicht, nunmehr erneut die Initiative zu  
ergreifen, um den Gegenstand der Feindschaft des  
öffentlichen Lebens endlich aus der Welt zu schaffen. Herr  
von Berg erklärt sich daher bereit, die Vergleichsver-  
handlungen auf der Grundlage des Vertrages vom  
12. Oktober 1925 möglichst bald wieder aufzunehmen.

Von einer „königlichen Tat“, wie sie die königliche Zeit-  
ung nach dem Ausgang des Volkseinstimmlich gefordert hat  
(seinem „großartigen Verzicht“), ist in diesem Schreiben des  
Generalbevollmächtigten der Hohenzollern nicht einfernt die  
Rede. Sie ist nicht einmal angedeutet. Man unternimmt  
lediglich als kleiner feilschender Krämer einen neuen Versuch,  
um möglichst viel herauszuschlagen.

### Preußen fordert weiteres Entgegenkommen

D. Berlin, 5. Juli. (Eig. Draht.) Die preussische  
Regierung wird sich in den nächsten Tagen mit dem An-  
trag der Deutschen Volkspartei, schleunigst eine Vermögens-  
auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den  
Hohenzollern herbeizuführen, befassen. Die allgemeine Auf-  
fassung aller Konventionsmitglieder geht dahin, daß derartige  
Verhandlungen nur durch die Initiative des  
Hohenzollernhauses eingeleitet werden  
können und für den Fall, daß ein Vergleichsvorschlag ge-  
macht wird, die preussische Regierung sofort zur Prüfung  
und einer Stellungnahme bereit ist. Auch in den Kreisen der  
preussischen Regierungsparteien betrachtet man es überein-  
stimmend als selbstverständlich, daß als Verhand-  
lungsgrundlage nur ein Vorschlag in Frage kommt, der über  
den Kompromiß der Regierungsparteien des Reichstags hin-  
aus weiteres Entgegenkommen im Interesse  
des Staates zeigt.

### Schutz für die Fürsten — Strafen für das Volk

Die Freitagssitzung des Reichstags hat zwei große  
politische Entscheidungen gebracht. Der Versuch  
der bürgerlichen Mittelparteien, eine dem Volkswillen in  
keiner Weise entsprechende Regelung der Fürstenabfindung  
zu verabschieden, ist gescheitert, und das Sperrgesetz ver-

längert wurde, geht die Auseinandersetzung zwischen den  
Interessen des Volkes und den Interessen der Fürsten weiter.  
Ist bis zum Herbst dem Willen des Volkes ebenbürtig wie  
jetzt entprochen und verläßt auch der Reichstag wieder, so  
werden weder die bürgerlichen Parteien noch die Reichs-  
regierung und der Reichspräsident an der Auflösung des  
Reichstags vorbeikommen. Der Soz. Pressedienst schreibt  
dazu:

Die Fürsteninteressen standen einer  
Reinheit des Reichstages höher als die  
Volkinteressen. Das ist der Sinn der zunächst durch  
die Vertagung des Reichstags überwindenden Krise. Aber  
soll nicht bestritten werden, daß das Zentrum und die Demo-  
kraten bereit gewesen sind, den sozialdemokratischen Forde-  
rungen nach entgegenzukommen. Sie waren aber gefesselt  
durch die Rücksicht auf die bürgerliche Volkspartei und die  
Deutsche Volkspartei, die ihrerseits sich nicht allzuweit ent-  
fernen wollten von der Begünstigung der Fürsten, die das  
Leitmotiv der Deutschnationalen ist.

Solange die endgültige Stellung der sozialdemokra-  
tischen Reichstagsfraktion zum Abfindungsgesetz noch nicht  
feststand, liebäugelten die Mittelparteien mit dem Gedanken,  
die Zustimmung der Sozialdemokratie zur Fürstenabfindung  
durch ein kleines Entgegenkommen in der Fürstenfrage er-  
kaufen zu können. Ein schmälliches Zwacher-  
geschäft bereiteten sie vor, das jedoch durch nichts ge-  
rechtfertigt ist und den Boden verantwortlicher Politik voll-  
kommen verläßt. Nachdem diese Absichten gescheitert waren,  
ließen die bürgerlichen Mittelparteien plötzlich alle Rücksichten  
fallen und dachten nur noch an den materiellen  
Schutz der Interessen des Volkes.

Die von allen bürgerlichen Parteien gemeinsam durch-  
geführte Erhöhung der Lebensmittelpreise, ins-  
besondere der Getreidepreise, ist nun so schlimm zu bewerten,  
als sie weit über das hinausgeht, was die Reichsregierung im  
Anfang 1925 zu vertreten gewagt hat. Inzwischen aber  
hat sich die Wirtschaftslage Deutschlands ungemein veränderte-  
rt, ist die Not der Volksmassen unerträglich gestiegen. Auch  
hat sich ergeben, daß ein hoher Zoll nur wenigen tausend  
Großgrundbesitzern Vorteile bringt, die Masse der Bauern  
aber belastet. Das alles hat die bürgerlichen Parteien nicht  
abgehalten, die Zollerhöhungen zu beschließen, wenn sie ihre  
Bürden auch durch die Wiedererhöhung der Einfuhrzölle  
gemindert haben.

Nicht die Sozialdemokratie macht ihre politische Stel-  
lung von materiellen Erwägungen abhängig, sondern die  
bürgerlichen Parteien. Sie sind es auch, die den Boden sach-  
licher Politik verlassen haben. Wenn von ihnen vor der  
Entscheidung über das Fürstengesetz ein Entschuldigend von  
4 M. für die Landwirtschaft für ausreichend gehalten wurde,  
weshalb nicht auch nach der Entscheidung? Auf diese Frage  
kann keine sachliche Antwort gegeben werden, denn der wahre  
Grund für die veränderte Stellungnahme der bürgerlichen  
Parteien ist die Tatsache, daß sie ihrem Vorgesetzten über die  
Standhaftigkeit der Sozialdemokratie irgendeinen Ausdruck  
verleihen wollten. Da sie in der Fürstenfrage alle „Konse-  
quenzen“, die vorher so zahlreich angedroht waren, unter-  
ließen, griffen sie zu dem andern Mittel, durch höhere Zoll-  
sätze die Volksmassen zu bestrafen.

Hätte diese Politik einen inneren Sinn, so wäre sie  
nur auf die Formel zu bringen: Schutz für die Fürsten,  
aber Strafen für das Volk. Die Wähler werden sich  
diesen Vorgang zu merken haben!

## Hinterhältigkeit

Die Kommunisten schreiben nach der Einheits-  
front. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat nun aber  
den verstandenen Sinn solcher von Zeit zu Zeit hervorgerom-  
menen Parolen zu häufig kennengelernt, als daß sie an die  
Reinheit des kommunistischen Wunsches und Willens glauben  
könnte. Und wenn sie es wollte, das unsäglich bekannt  
gewordene geheime Rundschreiben des Bezirks-  
vorstandes der SPD, Großhüringen, dessen  
Erstzins und Inhalt von den Thüringer Kommunisten, be-  
sonders auch von dem kommunistischen Bezirksvor-  
sitzenden Jahn in Erfurt, nicht geleugnet werden kann,  
bestätigt, daß das neue Geschrei nach der proletarischen Ein-  
heitsfront eben doch nur die alte kommunistische Methode ist,  
mit diesen Einheitsfrontparolen Zimetrad in die sozial-  
demokratische Bewegung zu tragen. Der Zweck des Einheits-  
frontes ist, so heißt es einleitend im Rundschreiben, „die  
breiten Massen der Arbeiter und Klein-  
bürger, welche heute hinter der Sozial-  
demokratie, den Gewerkschaften, dem Zen-  
trum und anderen Organisationen herlaufen,  
unter der Führung der SPD, zu sammeln. Als  
geeignete Methode empfiehlt das Rundschreiben eben die  
Propagierung der Bildung von Einheitskomitees unter  
der Arbeiterchaft, den Orts- und Betriebs-  
leitungen der Sozialdemokratischen Partei  
und den Gewerkschaften. Die Leitungen dieser Organi-  
sationen werden nur unter dem Druck ihrer Mitglieder  
zu der Bildung von Einheitskomitees zu bewegen sein...  
deshalb muß alles geschehen, um die Sei-

tungen unter stärksten Druck der Arbeiter-  
massen zu stellen!

Im Einheitskomitee soll möglichst der kommuni-  
stische Einfluß entscheidend sein, weshalb die Rote  
Hilfe und der Rote Frontkämpferbund als kommu-  
nistische Verstärkung ins Komitee einzubringen haben. Wo  
es ohne Gefahr geschehen kann, und der SPD größere  
Erfolge verspricht, sollen Vertreter der SPD, und der  
Gewerkschaften mit Funktionen betraut werden. Besondere  
Aufmerksamkeit verdient die Anweisung, daß das Komitee  
sich nicht zur Verbreitung von Flugblättern der SPD, miß-  
brauchen lassen soll. „Wo möglich allerdings den  
Versuch“ machen soll, „SPD-Material durch die Einheits-  
komitees zu verbreiten und, wenn durchführbar, Ausrufe-  
blätter und Publikationen der Ein-  
heitskomitees vor der Veröffentlichung der  
Bezirksleitung der SPD, vorzulegen“.

Selbstverständlich haben die Kommunisten im Ein-  
heitskomitee „als geschlossene Gruppe“ aufzutreten,  
und vor jeder Tagung gilt es für diese festzulegen, wer als  
Hauptredner auftritt, diesen oder jenen An-  
trag behandelt“.

So also die neuesten Stampanweisungen der SPD.  
Sie unterscheiden sich von den früheren kaum in der Formu-  
lierung, und wohl überhaupt nicht im Inhalt. Es muß kläg-  
lich um die Intelligenz der SPD, bestellt sein, wenn sie immer  
wieder mit den gleichen Methoden aufwarten muß, mit  
Methoden, die an Hinterhältigkeit wirklich nichts zu wünschen  
übriglassen und eher an die schamlosen Verwechslungsmittel  
einer politischen Sekte als an die Verbanweisungen einer  
proletarischen Partei gemahnen.

## Italien am Balkan

Von Hermann Wendel

Wenn Mussolini an Wilhelm dem Dritten höchst  
trefflich geschickt, vor elliiden Wunden auf seiner tripolita-  
nischen Fahrt in die Welt schmelterte, daß Italiens Zu-  
kunft auf dem Wasser liege, so sind das nicht nur  
kraftstoffselige Redensarten und wichtigthuende Gebärden,  
sondern die Anlage eines Programms steck darin, das über-  
lang oder lang ausgeführt werden soll. Denn war der  
italienische Imperialismus vor einem Menschen-  
alter, als er die Krallen nach Aethiopien ausstreckte und  
bei Adua einen lange nicht verwundenen Wund auf die Ploien  
besam, eine verhältnismäßig unschuldige Raubfahne, so ist er  
im Zeichen des Faschismus zu einer großen, gefährlichen  
und gefährlichen Bestie geworden. Mit dem Gedanken der  
Wiedererrichtung des römischen Weltreiches  
spielt die faschistische Phantase, und Beherrschung des Mittel-  
meeres heißt die erste Etappe dieses ansehnlichen Gajoren-  
wahnsinns. In diesem Ende hat Italien nicht nur an der  
Nordküste Afrikas, in Tripolis, seine Fänge ein-  
geschlagen, sondern auch die Änen vorgelagerte, Lada-  
kanos genannte Inselgruppe ist „seit in seiner Hand“; mit  
Rispolis zieht sich der Machtbereich des Hauses Zacono;  
bis auf einen halben Kilometer an das türkische Festland  
heran!

Aber da England und Frankreich vorderhand die  
Herrschaft des Mittelmeeres sind, richtet sich der faschistische Aus-  
dehnungsdrang auf den Punkt des schwächsten Widerstandes  
den Balkan, und der Verwandlung der Adria in  
eine italienische See gilt die erste Kraftanstrengung.  
Zieht dem Streben des modernen Caesar-Nachfolgers, sich in  
die Balkanbalken einzubohren, als härtester Gegner der  
Südbalkanstaaten entgegen, so ist die geriffelte Diplomatie der  
Konstantin schon seit Jahr und Tag dabei, diesen zweiten An-  
rainer des Adriatischen Meeres durch Verträge einzulagern  
und lahmzulegen. Obwohl der Balkanismus die rund 500 000  
Blowenen und Kroaten in Ätrien, im Westland und Süd-  
westen ebenso bis aufs Blut reizt wie die Deutschen Süd-  
italien, ist es der Punkt Rom gelungen, mit Belgrad  
einen regelrechten Freundschaftsvertrag abzu-  
schließen. Aber blieb er schon ein kaltes Abkommen zwischen  
Regierungen, das die Völker nicht unterschrieben, so umfaßt  
in diesen Tagen der Unwille großer Teile des südslawischen  
Volkes die Konventionen von Nettuno und Belgrad, deren-  
wegen eben in der Skupstina interpelliert und auf den  
Straßen von Karan und Laibach demonstriert wurde. So  
viel man weiß, sind diese Abmachungen die üblichen Sonder-  
verträge auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, wie sie  
zwischen wirtschaftlich gleich starken Staaten unschädlich und  
sogar das Gegenseitige sind. Aber von diesen Vereinbarungen  
besitzt man nicht mit Unrecht, daß sie Ätholien, das an  
Volkzahl (40 Millionen) und Kapitalkraft das 12 Millionen  
Einwohner zählende, kapitalistisch unentwickelte jugosla-  
visch-slowenische Königreich bei weitem übersteigt, die  
Tür zur wirtschaftlichen Durchdringung und Unterwerfung  
des slowenischen Südens aufstehen werden. Kommtlich arg-  
wöhnt man, daß das Recht der Niederlassung und Gewerbe-  
ausübung, das jeder der beiden Staaten den Bürgern des  
andern auf seinem Gebiet gewährt, zu einer Ueber-  
flutung Dalmatiens mit Italienern und im weiteren Ablauf  
der Dinge zu einer Erneuerung der faschistischen Ansprüche  
auf diese südslawische Provinz führen werde.

Denn obwohl selbst nach der österreichischen Statistik  
von 1910 in Dalmatien nur 28 Prozent Italiener  
leben und ihre Zahl heute noch mehr anwachsen dürfte  
ist, sind diese Ansprüche keineswegs eingelegt: Fiume, Zara  
und die Aniel Ostovo, über denen die italienische Flagge  
weht, gelten nur als vorgeschobene Posten. Alle najaq  
„beweist“ irgendein Professor, wie eben der Vize-  
konsul Giotto Danielli in seinem Buch „Fiume  
Dalmatia“, da es an Hand der Menschen nicht geht, an  
Hand der — es ist kein Eberal — Pflanzen und Tiere die  
„Italienität“ Dalmatiens, und beibehaltene und geschäftliche  
Verbindungen vom Schlag der „Dante Alighieri“, „Concienza  
Adriatica“, „Pro Dalmatia“ und „Lega Navale Italiana“  
hinter den Massen das Bewußtsein einzuwurzeln, daß das  
südslawische Adriagebiete altitalienisches Erbgut sei und vom  
„Volk“ der Serben, Kroaten und Slowenen „erlöst“ werden  
müsse.

Darum beschränkt sich die faschistische Außenpolitik nicht  
darauf, Südslawien in ein Netz von Verträgen zu verstricken,  
das doch eines Tages reißer kann, sondern sie sucht den  
Gegenspieler an der Adria durch seine Raubharn in Schwach zu  
halten. Obwohl die Besetzung der Insel Korfu vor drei  
Jahren in Athen viel böses Blut gemacht hat, sind Mussi-  
lini und Fagalo — Diktator und Diktator gefeilt  
sich gern — heute diese Freunde, und der italienische  
Einfluß in Griechenland, das durch die Aufnahme  
von einer Million verdämter Volksgeistes aus Kleinasien  
an nationaler Kraft gewonnen hat, ist stärker denn je. Nach  
unbedingter gilt Italiens Machtgebiet in Albanien. Der  
mittelalterliche Selbstherrlicher dieses unmöglichen Staates,  
Ahmed Beg Bogu, hatte seinerzeit nur mit heimlicher,  
doch dafür desto tätigerer Unterstützung der Belgrad Macht-  
haber seinen Vorgänger Fan Noli stürzen können. Jetzt  
schreit man in Südslawien über schwarzen Indan, da sich  
Ahmed Beg auf Gedeih und Verderb Italien an den  
Sals geworfen hat. Nicht nur ist die neue albanische Poten-

19.7.26